



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

Inhalt: Weshalb die Arbeiter gegen die Halbierung der Kassenbeiträge sind. — Die Sozialpolitik auf dem Parteitag. — Feuilleton: Die Eimen wider die Anderen. — Korrespondenzen (Leipzig, Schwabach, Würzburg, Zittau). — Rundschau. — Literatur. — Adressenveränderungen. — Briefkasten.

Beilage: Die Agitation in Rheinland-Westfalen. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908 (Schluß). — Rundschau.

Weshalb die Arbeiter gegen die Halbierung der Kassenbeiträge sind.

Bekanntlich zahlen die Arbeiter gegenwärtig $\frac{1}{2}$ und die Arbeitgeber $\frac{1}{2}$ der Krankenkassenbeiträge. Dementsprechend ist auch der Vorstand, welcher die Geschäfte der Kasse zu leiten hat, zusammengesetzt. Der Vorsitzende wird einfach aus der Mitte der Vorstandsmitglieder gewählt, so daß häufig ein Arbeiter oder Handwerker Vorsitzender ist. Das soll in Zukunft anders werden. Zunächst beabsichtigte die Regierung zwar, bei der Reform des Krankenversicherungsgesetzes die Arbeitgeber mit der vollen Hälfte der Beiträge herauszuschneiden, ihnen aber nur das bisherige Drittel-Stimmrecht zu geben, kam aber damit bei dem Unternehmertum schon an. Sie ist daher von diesem Gedanken „abgekommen“. Sie ist beabsichtigt jetzt zwar auch noch die Halbierung der Beiträge, will aber dafür die Sitze im Kassenvorstand auch zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilen und für die Wahl des Vorsitzenden berartig rigorose Bestimmungen treffen, daß die Aufsichtsbehörde häufig nach eigenem Ermessen den Vorsitzenden ernennen kann — ein Recht, das sie heute nicht hat. Arbeiter werden natürlich nie das Vertrauen der Aufsichtsbehörde besitzen. Daher wird häufig ein Arbeitgeber, noch häufiger aber irgend einer ihrer Beamten, also ein Bürokrat, von der Aufsichtsbehörde zum Vorsitzenden ernannt werden. Aus den Händen der Arbeiter sollen in Zukunft die Krankenkassen in die Hände der Arbeitgeber oder in die der Bürokratie übergehen. Haben die Arbeiter jetzt schon nichts oder fast nichts bei der Durchführung der Unfall- und Invalidenversicherung zu sagen, so soll ihr Einfluß auf die Krankenversicherung in Zukunft auch zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden. Man schämt sich also wirklich nicht, den Arbeitern den einzigen Einfluß, den diese auf eine öffentlich-rechtliche Körperschaft gehabt haben, zu entreißen. Dabei sagte Bülow 1907, nachdem die Sozialdemokratie „niedergeritten“ worden war, daß „nun erst recht“ die Sozialpolitik gefördert werden solle.

Bei der Eröffnung des Reichstages in diesem Jahre soll möglichst bald mit der Beratung der „Reichs-Versicherungsordnung“ begonnen werden. Da ist es dann an der Zeit, zu prüfen, ob es für die Arbeiter vorteilhafter ist, die Hälfte der Beiträge zu zahlen und dafür die paritätische Zusammensetzung des Kassenvorstandes mit in den Kauf zu nehmen. Im „Zentralblatt für Arbeiterper-

sicherung“ hat unlängst ein Freund des Unternehmertums, Stadtrat v. Franckenberg-Braunschweig, das Wort ergriffen, um die sich gegen die Halbierung sträubenden Arbeitgeber anzukommen. Aus seiner „objektiven“ Betrachtung liest man sehr deutlich heraus, daß man den Arbeitern den Raub des Selbstverwaltungsrechts durch die Halbierung der Beiträge nur zu verkern will. Die Arbeitgeber können es schließlich so einrichten, daß sie doch nicht mehr zahlen, als jetzt.

Stadtrat v. Franckenberg ist ein bekannter Sozialpolitiker. Er war auch im Oktober 1908 von der Regierung zu der Konferenz über die Reform der Arbeiterversicherung als „unparteiischer“ Beisitzer geladen. Seine jetzigen Ausführungen dürfen daher nicht unwiderprochen bleiben. Gerade aus seinem Artikel können die Arbeiter sehr leicht erkennen, wohin der Kurs gehen soll.

Zunächst soll das Uebergewicht der Arbeiter in den Vorständen radikal beseitigt werden. Er will den Spieß umkehren und die Arbeitgeber oder die Bürokratie unumschränkt herrschen lassen. Anlaß dazu soll der „sozialdemokratische Mißbrauch“ bieten, der bisher angeblich in den Krankenkassen betrieben, von v. Franckenberg aber nicht durch eine Zeile bewiesen wird. Unsern Lesern brauchen wir die Haltlosigkeit dieser Verdächtigungen nicht erst nachzuweisen; sie wissen ebenjogut wie wir, daß es sich bei diesen Verleumdungen nur um systematische Heze handelt, ausgeübt zu dem Zweck, das bisherige Selbstverwaltungsrecht beseitigen zu können.

Gewisse Kreise scheinen nur einen „sozialdemokratischen“ Mißbrauch zu kennen, obwohl über anderen Mißbrauch auch schon manches geschrieben worden ist. Wir erinnern nur daran, daß eine Berliner Innungs-Krankenkasse ein Jahrzehnt lang von ihrem Kassenboten gleichzeitig mit den Krankenkassenbeiträgen die Innungsbeiträge von 1100 Innungsmitgliedern mitkassieren ließ. Was würde wohl die Regierung sagen, wenn die Arbeiter es bei einer Kasse durchsetzen würden, daß der Kassenbote auch die Gewerkschaftsbeiträge mitzukassieren hat? — In Königsberg i. Pr. läßt die dortige Bauinnungs-Krankenkasse von den Kassenangestellten im Bureau dieser Kasse die Geschäfte des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber besorgen, wo dann Jahre hindurch die Bauarbeiter zur Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften gezwungen wurden. Ein günstiger Zufall spielte uns kürzlich folgendes bezeichnendes Schreiben an den Arbeitsnachweis in die Hände:

Königsberg i. Pr. den 2. 9. 09.

An den Arbeitsnachweis hier.

Der Zimmergeselle Ernst H. sowie der Arbeiter Herdinand J. sind Frankenholbe und sollten, um sie von diesem Lasten zu befreien, einige Zeit keine Arbeit erhalten.

Hochachtungsvoll Arthur Müller.

H. und J. wurden von obiger Kasse abgemeldet. Der Ariasbrief war dem Abmeldebettel beigelegt. — In Darmen hat eine menschenfreundliche

Betriebs-Krankenkasse bei einem Lungentuberkulösen Arbeiter, für den durch Vermittlung des Vereins für Gemeinwohl ein Heilverfahren eingeleitet werden sollte, um „Berücksichtigung“, daß der Betreffende „der sozialdemokratischen Partei stark zugehörig“ sei.

Wir könnten diese Liste des unerhörtesten Mißbrauchs der Krankenkassen noch beliebig verlängern, wollen jedoch für heute davon absehen. Doch sei konstatiert, daß dieser wirkliche Mißbrauch nicht beseitigt, sondern im Gegenteil zum Schaden der Arbeiterschaft noch gefördert werden soll.

Stadtrat v. Franckenberg empfiehlt den Arbeitgebern, auf die Halbierung einzugehen, da ja dann auch ihre Macht im Vorstand überragt. Sie würden dadurch z. B. die Möglichkeit haben, sich für die „Vermeidung unnötiger (!) Belastung der Kasse durch große Ausgaben für Krankheitskosten usw. ins Zeug zu legen.“ Ueber den Grundsatz: „Mit möglichst geringen Mitteln möglichst geringe Leistungen“, sollte man wahrhaftig schon in Deutschland hinaus sein. Die Arbeiter brauchen in Krankheitsfällen ausreichende Fürsorge und haben daher stets gegen die mit niedrigen Beiträgen wirtschaftenden aber leistungsunfähigen Gemeindefrankensicherungen mit Recht und schließlich auch mit Erfolg angeknüpft.

Ganz sicher soll aber auch die Simulantenjagd in Zukunft energischer betrieben werden. Es gibt nämlich Sozialpolitiker und Arbeiterfreunde, die in jedem Kranken einen Simulanten sehen. Und viele Arbeitgeber sind sofort dabei, Angestellte, die sich krank melden, bei der Krankenkasse als „Simulanten“ zu verdächtigen. Wir besitzen hierin langjährige Erfahrung und können nur sagen, daß in der Regel diese Denunziationen völlig unberechtigt waren. Nur in ganz vereinzelten Fällen haben wir gefunden, daß bei den auf Wunsch der Arbeitgeber vorgenommenen Nachuntersuchungen die Vermutung der letzteren von dem Vertrauensarzt mit mehr oder weniger großer Sicherheit bestätigt wurde. Wir sind der Ansicht, daß die Krankenkontrolle und das Vertrauensarztssystem bei den großen Massen gerade genug ausgeht. Eine noch weitere Verschärfung ist unnötig!

Nun nimmt v. Franckenberg an, daß der Arbeitgeber, wenn er selbst zur vollen Hälfte für die Beiträge aufzukommen hat, „um so eher geneigt sein wird, Verbesserungen in seinem Betrieb, die zur Verhütung von Unfällen und Erkrankungen geeignet sind, einrichten zu lassen und sich dem Rate eines erfahrenen Kassenarztes, dem die Häufigkeit und die wiederkehrende Folge bestimmter Krankheiten innerhalb einzelner Betriebe anfallen muß, nicht auf die Dauer zu verschließen.“ — In der Theorie hört sich dieser Satz sehr schön an; die Praxis sieht dagegen ganz anders aus. Ebensovienig wie heute irgend ein Kassenarzt mit dem Arbeitgeber zwecks Verhütung von Krankheiten Rücksprache nimmt, wird er es auch in Zukunft tun. Und was die Unfallverhütung anbetrifft, so brauchen wir nur an die ewigen Maanen der Berufsagenossen-

schaften über die Nachlässigkeit der Unternehmer in der Unfallverhütung zu denken, um zu erkennen, daß hier auch eine geringfügige Mehrbelastung keine Abhilfe schaffen wird. Denn die Unterhaltungskosten der Berufsgenossenschaften müssen die Unternehmer allein aufbringen und werden außerdem noch vielfach wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften in Strafen genommen, in höhere Gefahrenklassen berufen und eventuell sogar zur Erbalistung herangezogen.

Aber die Arbeitgeber sollen ja garnicht mehr belastet werden! v. Frankenberg meint, daß der Arbeitgeber auch „alle Verantwortung haben wird, bei der Aufnahme neuer Arbeiter in das Beschäftigungsverhältnis erhöhte Vorsicht anzuwenden, damit sie nicht nach kurzer Mitgliebschaft die Kasse und unmittelbar die Tasche des Arbeitgebers mit erheblichen Aufwendungen für langwierige Erkrankungen belasten, deren Keime schon beim Eintritt in das Dienstverhältnis in ihnen stecken und bei sorgfamer Prüfung durch den Arzt erkennbar gewesen wären. Daß die Halbierung der Krankenkassenbeiträge zu einem derartigen Mißbrauch führen kann und wird, ist ein sehr wichtiges Eingeständnis und man kann v. Frankenberg nur dankbar dafür sein, daß er auf diese Möglichkeit hingewiesen hat. Für die Arbeiter ist dieses Argument aber mit ein entscheidendes gegen die Halbierung der Beiträge. Jetzt sind schon vielfach — besonders in Krisenzeiten — Familienväter brotlos und jüngere Arbeiter in Arbeit, weil viele Unternehmer, die Betriebskrankenkassen haben, sich in solidarischer Verbindung mit ihrer Kasse die besten Kräfte vom Arbeitsmarkt anzuschauen. Wenn die Halbierung der Beiträge ein Anreiz wird, um diese Praxis allgemein einzuführen, dann müssen wir unwillkürlich fragen, was denn die von Krankheiten verfallenen oder verunglückten Arbeiter anfangen sollen. Sollen diese am Hungertuche nagen? Die „Reichs-Versicherungsordnung“ sieht nicht einmal eine Erhöhung der Invalidenrente vor. Obige Anregung v. Frankenbergs würde eine schöne Illustration zu dem Kaiserworte von der „geflückten Existenz der Arbeiter bis ins hohe Alter hinein“ sein. Würde diese Anregung einmal durchgeführt, dann wäre die gesamte Krankenversicherung ein Danaergeschenk, welches auch den zurzeit in Beschäftigung stehenden Arbeitern,

deren Nutzen sie ja dienen soll, Unheil bringen würde, denn auch sie werden einmal krank und alt.

Der Vorschlag der Regierung, die Beiträge zu halbieren, ist danach für die Arbeiter einfach unannehmbar. Für diese „Reform“ lieber gar keine! Gerne sind sie bereit, wie bisher $\frac{1}{2}$ der Beiträge zu entrichten, unter keinen Umständen werden sie aber das bisherige Selbstverwaltungsrecht für ein Einseitigericht preisgeben.

Die Sozialpolitik auf dem Parteitag.

I.

a. r. Die Sozialdemokratie ist keine Partei wie die anderen. Im Vordergrund ihrer Arbeit steht die soziale Hebung der arbeitenden Massen, und ihr Endziel ist die Umgestaltung der ganzen Gesellschaftsordnung. So nimmt notwendig die sozialpolitische Arbeit eine besonders wichtige Stelle in ihrer Tätigkeit ein. Das kommt auch bei den Verhandlungen unserer Parteitage zur Geltung. Neben den Berichten der Reichstagsfraktion, die der Sozialgesetzgebung stets besondere Beachtung widmen, steht auf der Tagesordnung fast jedes Parteitags eine sozialpolitische Frage von großer Bedeutung. So hat man sich neben den geschäftlichen, grundsätzlichen und taktischen Fragen, deren Entscheidung in erster Linie die Parteitage dienen, in den letzten Jahren beschäftigt mit der Wohnungsfrage (1901), Arbeiterversicherung (1902), Kommunalpolitik (1902 und 1904), Strafrecht und Erziehungswesen (1906), Alkoholfrage (1907), der Sozialpolitik des neuen Kurzes (1908) und nun wieder in drei eingehenden Referaten mit der Arbeiterversicherung. Auch die Frauenkonferenzen haben auf den Gebieten des Frauen- und Kinderschutzes u. a. Treffliches, zum Teil gründlichere Arbeit als der Parteitag selbst geleistet. An Stoff also hat es nicht gefehlt. Und da jedesmal die Ansetzung der Tagesordnung das Interesse der Parteigenossen für die Verhandlungsgegenstände belebt, da die Referate und Resolutionen, die im Protokoll, oft auch in Sonderabdruck erscheinen, reichen Stoff zum Nachdenken und Studieren geben, so ist die befruchtende Wirkung dieser Verhandlungen nicht zu bezweifeln.

Eine andere Frage aber ist, ob der Ertrag dieser ganzen Arbeit so reich ist, wie er sein könnte und, im Verhältnis zur Mühewaltung, bei einer Partei wie die unsere sein müßte. Leider muß diese Frage rundweg verneint werden. Die Verhandlungen gerade dieser ersten und praktisch wichtigen Angelegenheiten bleiben weit entfernt von der aufklärenden und praktischen Wirkung, die sie bei sachgemäßer Behandlung haben würden.

Vielleicht noch nie so sehr wie auf diesem Parteitag war festzustellen, daß der größere Teil der Teilnehmer gerade den sozialpolitischen Referaten nur geringe Aufmerksamkeit entgegengebracht hat. Die immer wiederholte Mahnung des Vorsitzenden zur Ruhe war ein Beweis, daß die unmittelbare Wirkung der Referate nur gering sein konnte. Man konnte in der bürgerlichen Presse sehr boshafte Bemerkungen über diese Unruhe lesen, offenbar übertriebene Berichte, denen aber ein erheblicher Kern des Richtigen nicht fehlte. Wie anders, wenn eine taktische oder auch persönliche Streitfrage die Gemüter bewegte!

Ist es vielleicht Mangel an dem ersten sachlichen Interesse, das diese Gegenstände verlangen, der sich in diesem Verhalten kundgibt? Ich glaube nicht. Viele der Delegierten, die den Referaten wenig gefolgt sind, besaßen sich selbst in eingehender Weise mit dem Stoffe, lesen und hören Vorträge und halten selbst solche auf Grund fleißig durchgearbeiteten Materials. Ja, es gab nicht wenig Delegierte, die als hervorragende Sachverständige auf diesem Gebiet zu bezeichnen sind. Der Fehler liegt offenbar nicht im Stoffe oder dem fehlenden Interesse für diesen, sondern in der Einrichtung der ganzen Verhandlung. In Wirklichkeit ist das nämlich keine Beratung, sondern eine akademische Vorlesung, deren wesentlichen Inhalt man ebenso wie ihr praktisches Ergebnis man von vornherein kennt. Soweit der vorgetragene Stoff Gelegenheit zu ergänzenden oder kritischen Bemerkungen oder praktischen Vorschlägen bietet, erfordern diese eingehendere Vorbereitung, als sie in der Zeit des Zuhörens oder den kurzen Pausen geleistet werden kann. Auch ist niemand imstande, das ganze Material, dessen er zu gründlicher Behandlung bedürfte, mit auf den Parteitag zu bringen. Weiß doch keiner, welche Einzelfragen neben

Die Einen wider die Anderen.

„Es gibt zwei Sorten Ratten — Die Hungrigen und die Satten.“
H. Heine.

In der heutigen Gesellschaft unterscheidet man im Allgemeinen zwei Klassen von einander. Und im Laufe der Zeit werden sich diese zwei Gruppen immer noch schärfer von einander abheben. Im Mittelalter war die Gliederung der Gesellschaft noch ausgeprägt. Die Stände, wie Adel, Bürger und Bauernschaft, daneben die Geistlichkeit, waren nicht nur gesellschaftlich, sondern auch rechtlich durch die Schranken voneinander getrennt, die unübersteiglich erschienen, bis die französische Revolution von 1789 mit diesen Standesunterschieden formell ein Ende machte. Seit jener Zeit haben die Standesunterschiede insofern aufgehört, indem jeder gleichberechtigt vor dem Gesetze erscheint. Trotzdem gibt es aber „zwei Sorten von Menschen“ im Lande, sie scheiden sich — gleich den Ratten — in die Hungrigen und die Satten.

Wenn im Mittelalter die Standesunterschiede auch so vorherrschend waren, so brauchte doch keiner zu hungern, der seine Hände und Arme zu rühren vermochte. Aber wie ist es heute? Heute sehen wir eine Minderheit im Ueberfluß schwelgen, während eine große Masse kaum das zum Leben aller notwendigste hat und eine ebenso große Masse die geradezu Hunger leidet. Unser ganzes Leben ist gewissermaßen mit einer Lotterie zu vergleichen. Die Gewinne einzelner setzen sich aus den Verlusten tausend anderer zusammen. Der Einsatz, die Geburt ist bei allen gleich, die Gewinne jedoch ungleich. Diejenigen, die ihr Bestes an Gut und Blut, ihre Arbeitskraft, einsetzen, haben selten Treffer; sie ziehen Nieten. Mühe und Arbeit im Ueberfluß, Mangel an jeglichem, was den Menschen zum Menschen macht. Die Masse des Volkes ist infolge der Verteuerung aller Lebensmittel ge-

zwungen, auf eine ausreichende Ernährung zu verzichten. Die Wohnungen der Arbeiter sind meist schlecht und der Gesundheit unschädlich. Der kleinere Teil des Volkes lebt im Ueberfluß, der mühelose Gewinn ermöglicht allen erdenklichen Luxus, während der größere Teil nicht genug hat und doch wäre es ein leichtes, mit dem vierten Teile der angewandten Mühe für die ganze Arbeiterschaft einen ordentlichen Lebensunterhalt und ein menschenwürdiges Unterkommen zu beschaffen.

Doch was noch hinzu kommt ist das, daß es nicht einmal jeden vergönnt ist, seine Arbeitskraft zur Erlangung der notwendigsten Lebensbedürfnisse einsetzen zu können. Der amerikanische Nationalökonom Henri George sagt: „Männer und Frauen, die nach Tausenden zu zählen sind, finden, trotz ihres Wunschens zu arbeiten, keine Beschäftigung und Millionen Menschen werden durch die Konkurrenz zu nutzlosen und oft unwürdigen Arbeiten verwendet und die ganze Sozialökonomie wird über den Haufen geworfen, damit der eine Spibube den anderen überlisten kann.“ Ueberall sehen wir, wie mit zwingender Gewalt der wirtschaftlich Schwache ausgeliefert wird und wie Einzelne die großen Gewinne einstreichen, während den Anderen das Nachsehen bleibt. „Glück muß der Mensch haben!“ ist ein Ausspruch, mit dem sich die Meisten über alles hinweg zu setzen versuchen. Doch die „Glücksgöttin“ ist ein launenhaftes, falsches Weib, dort belohnt sie die müßigen Hände, indem sie aus ihrem Küllhorn Dividendencheine und Zinscoupons auf die Kapitalbesitzer niederfallen läßt, während die Hände des Arbeiters leer bleiben, ein Tag ohne Arbeit ist für sie oft ein Tag ohne Brot. Man hört nun oft: „Warum sparen sie nicht in der Zeit, damit sie in der Not haben.“ Aber können die Arbeiter denn unter diesen Umständen noch sparen? Für sie wird das Wort „sparen“ immer mehr zu einem Fremdwort. Wenn der Arbeiter vor einem allzu großen Schaden durch Krank-

heit, durch die Krankenversicherung geschützt ist, wenn auch noch ganz unvollkommen, so steht er doch völlig schutzlos der Arbeitslosigkeit gegenüber, wenn ihm seine Gewerkschaft keine Unterstützung gewährt. Staat und Gemeinde stehen mit wenigen Ausnahmen der Arbeitslosenfürsorge immer noch verständnislos gegenüber. In einem Bericht des statistischen Büros von Berlin sagte Dr. Girschberg vor Jahren: „Es gibt im wirtschaftlichen Leben kaum eine wichtigere Frage, als die nach der fehlenden Erwerbsgelegenheit, nach dem Umfange, in welchem zu Zeiten gewissen Teilen der Bevölkerung jede Möglichkeit genommen ist, den Lebensunterhalt zu erwerben.“ Man steht vor dieser Frage wie vor einem unabwendbaren Verhängnis oder man verhöhnt das Elend gar noch, indem man die Arbeitslosenversicherung als eine „Prämie auf Faulheit“ bezeichnet. Doch greift das Elend gar zu sehr um sich, dann versteigt man sich wohl zu ein paar Almosen oder Bettelstuppen, wo dann der Notleidende teufelweise wieder bekommt, was man ihm vorher schneffelweise abgenommen hat. Unwillkürlich muß man an die neue Volksausbeutung denken, die auch „Finanzreform“ genannt wird. Dem werktätigen Volke werden Millionen ausgepreßt und dem, der, wenn er aufsteht, Feierabend hat und seine Hände müßig in den Schoß legen kann, wird ganz wenig abgefordert. Obgleich es doch klar ist, daß ein Arbeiter, der eine große Familie zu ernähren hat, mehr indirekte Steuern bezahlt, als ein kinderloser alter Junggeselle aus adigem Geschlecht oder ein altes Weib, welches als Zins- und Dividendenhelderin lebt, und ihre Hände müßig in den Schoß legt. Dieser Gesellschaft glaubt allerdings ein Privileg zu haben, dem „Vergott die Tage abzustehlen“ und es als einen Geburtsfehler zu betrachten, daß ihnen die Hände beim arbeiten im Wege sind. Das hindert sie jedoch nicht, wenn der Arbeiter durch irgend welche Umstände gezwungen ist, seine Hände ruhen zu

den allgemeinen Grundrissen, mit denen er sich übereinstimmen wird, etwa seine Bemerkungen herausfordern werden. So werden einige Spezialfragen, die schon vorher in Anträgen gewürdigt worden sind, behandelt, aber von einer wirklichen Diskussion der Referate ist gar keine Rede. Selbst die Anträge pflegen nur begründet, nicht diskutiert zu werden. Danach werden sie nach einer eingebürgerten Sitte, die bereits zur Unsitte zu werden droht, nach Annahme der vorgelegten offiziellen Resolution „für erledigt erklärt“ oder der Fraktion, oder wer sonst in Frage kommt, „als Material überwiesen“. So werden oft die wichtigsten Dinge von der Erörterung ausgeschlossen. Braucht es dazu wirklich des großen und kostenspieligen Apparats des Parteitag? Auch ohne Parteitag ist niemand gehindert, seine Erfahrungen und Vorschläge als Material einzusenden, das auch wohl nicht in den Papierkorb wandern wird. Und die im Protokoll, vielleicht auch im Sonderabdruck veröffentlichten Referate geben eine Agitationsbrochüre mehr, wie sie auch ohne Parteitag von den Referenten geliefert werden kann. Die Hauptsache aber, um deren Willen allein es sich lohnt, diese Dinge gerade auf dem Parteitag zu behandeln: die wirkliche Entscheidung der Parteivertretung auf Grund wirklicher Erörterung des Stoffes, ist nicht erfolgt.

Nun hat man ja gesagt, die Aufgabe des Parteitags sei eigentlich nur die Verhandlung der taktischen und sonstigen Streitfragen, über die starke Meinungsverschiedenheit besteht. Diese Gesetzesfragen aber würden von der Gesamtpartei einheitlich beurteilt. Das trifft glücklicherweise in der Hauptsache zu. Aber Meinungsverschiedenheiten gibt es hier auch, und sie können sehr wichtige Fragen betreffen. Und es kommt auch darauf an, daß die Dinge allseitig beleuchtet werden, nicht nur von der höheren Warte der Referenten, sondern auch aus der Erfahrung der Genossen, die den Einzelnen in ihrem Entstehen näher sind. Mit anderen Worten: nicht die Referate sollten im Vordergrund stehen, sondern die Diskussion. Das besagt nicht, daß keine Referate gehalten werden sollen. Aber sie sollen so erstattet werden, daß sie mehr als Einleitung der Diskussion dienen und auf diese Weise fruchtbarer wirken. Daß es heute an-

ders ist, liegt nicht an den Referenten, die alle sachkundig und der Rede mächtig, mitunter hervorragende Fachleute und Redner sind. Auch nicht am Stoffe, dem in unseren Reihen sicher das größte Interesse entgegengebracht wird. Es liegt vielmehr an der ungewöhnlichen Behandlung des Stoffes. Diese gilt es zu ändern.

Welchen Wert hat es, wenn ein so wichtiges und so schwieriges Gebiet wie das Strafrecht, das eingehender Behandlung auf mehr als einem Parteitag bedürftig, vor 3 Jahren nach einem mehrstündigen Referat, das notwendigerweise nicht erschöpfend sein konnte, ohne Diskussion durch Annahme einer kurz zuvor verteilten Resolution „erledigt“ wurde? Ist das eine ernsthafte Willensfestigung der Partei, eine tiefgreifende Selbstverständigung der Delegierten und der gesamten Partei? Wie weit unterscheidet sich das noch von den Vorführungen der Katholikentage, die uns sonst mit Recht als abschreckendes Beispiel dienen?

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Leipzig. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 25. September erstattete Kollege Schulze den Geschäftsbericht vom 2. Quartal und hob ganz besonders einige Vorkommnisse in einzelnen Druckereien hervor, die ein energisches Vorgehen der Verwaltung notwendig machten. In den meisten Fällen gelang es auch zugunsten der Mitglieder zu intercedieren. Aus dem Massenbericht, den Kollege Wolke gab, ist zu ersehen, daß die Einnahmen inkl. Saldo vom 31. März d. J. 16 949,20 Mk. betragen. Die Ausgaben belaufen sich auf 7827,88 Mk., sodaß ein Kasseebestand von 9121,82 Mk. am Schlusse des 2. Quartals vorhanden ist. Nach diesem Bericht hielt Herr W. Freytag einen Vortrag über Reiseerlebnisse in Spanien. Seine Schilderungen wurden mit großem Interesse verfolgt und beifällig aufgenommen.

Schwabach. Unsere junge Zahlstelle ist heute in der Lage den Raum der „Solidarität“ zu einem erfreulichen Bericht in Anspruch zu nehmen. Als vor einem halben Jahre die Zahlstelle gegründet wurde, war es uns klar, daß unter allen Umständen versucht werden muß, sehr bald für die hiesige Kollegenschaft eine Lohnerhöhung herbeizuführen. Eine am 18. September tagende, von allen Mit-

gliedern besuchte Versammlung beauftragte den Kollegen Neckling-Nürnberg bei der einzigen am Ort befindlichen Firma vorstellig zu werden und entsprechende Zulagen zu verlangen. Die Firma versprach, die Lohnerhältnisse einer Prüfung zu unterziehen und erklärte sich bereit, den Steinbleisern, Anlegerinnen und Bogensängerinnen eine Aufbesserung zu gewähren. Von allgemeinen Zulagen müßte sie aber absehen, weil dazu die Erlaubnis des Schutzverbandes notwendig wäre. Nach 8 Tagen kam nun der Bescheid, daß alle männlichen Arbeiter 1 Mk. und alle Arbeiterinnen 50 Pf. Zulage pro Woche erhalten sollen. Auch war es möglich, bei den Verhandlungen die Firma zu veranlassen, von ihrer Absicht nur denen zuzulegen, die über ein Jahr im Betriebe tätig sind, abzubringen, sodaß alle Kollegen und Kolleginnen an der Aufbesserung mit partizipieren. Eine am 30. September abgehaltene Versammlung nahm nun mit Rücksicht auf die gegenwärtige Geschäftslage (von 9 Maschinen laufen z. Bt. 4) die gemachten Zugeständnisse an. In Betracht kommen 8 Kollegen und 42 Kolleginnen, die alle organisiert sind. Ist der Erfolg unserer Aktion auch nicht allzu groß, so darf aber nicht vergessen werden, daß das, was durch Jahre hindurch versäumt wurde, nicht mit einem Schlage nachgeholt werden kann. Der Kollegenschaft Schwabachs wurde aber bewiesen, daß schon die verhältnismäßig kurze Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation ihre Früchte trägt, und wenn alle fernerhin dem Verbands treu bleiben, dürfte es nun bald gelingen, noch weitere Verbesserungen zu erzielen und namentlich die Löhne auf ein Niveau bringen, das den derzeitigen Miet- und Lebensmittelpreisen vollkommen entspricht.

Würzburg. In unserer, am 20. September abgehaltenen, von 12 Personen besuchten Versammlung sprach Kollege Neckling-Nürnberg über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse?“ R. schilderte den Wert der Organisation und die Notwendigkeit von Tarifvereinbarungen und forderte zum Schluß die noch unorganisierten auf, sich dem Verbands anzuschließen. Auch der anwesende Arbeitsekretär Florin richtete ermunternde Worte an die Versammlung. Am 22. und 23. September fanden Druckereibesprechungen der Personale von Sturz sowie Richter & Schreiner statt. Das Ergebnis dieser 3 Abende war die Aufnahme von 21 neuen Mitgliedern.

Zittau. Mitgliederversammlung am 29. September. Nachdem Kollege Bär den Kartellbericht erstattete, hielt der Gauleiter Kollege Fr. Herr-

lassen, giftige Auspielungen auf ihn zu machen. In diesen Fauselgerreifen regt sich die Gemeinheit unter dem Deckmantel der Moralität. Diese Moral entrüstet sich darüber, daß der Arbeiter auch mal ohne zu arbeiten leben kann und dank seiner Gewerkschaft nicht gleich den ihm gewünschten Hungertod stirbt. Doch diese zur Schau getragene Moralität hindert diese vornehme Sippe mit ihrem päffischen Anhang nicht, das natürliche Recht, das Recht zu leben, zu leugnen. Das Recht zu leben, ein Recht, welches nicht nur die philippinischen Denker aller Zeiten, sondern selbst ehrliche Vertreter der Religion anerkannt haben. Es möge hier der englische Geistliche Kardinal Manning genannt sein, der sich über dieses Recht äußerte und erklärte: „Der hungernde Mensch hat ein natürliches Anrecht auf das Brot seines Nächsten; dieses Recht ist so tief begründet, daß es allen positiven Eigentumsregeln weit vorausgeht. — Wir wollen unterscheiden zwischen Mittel und Zweck im Menschenleben, zwischen dem, was eine notwendige Voraussetzung für dasselbe und dem, was am wichtigsten und bedeutungsvollsten für dasselbe ist. — Wohnstätte, Kleidung und hinreichende Nahrung sind notwendige Voraussetzungen für das Leben des Menschen, aber auch seine Intelligenz und seine Talente müssen zur selbständigen Betätigung gelangen, er hat seine geistigen Fähigkeiten in einer mit den Geboten der Menschenliebe zu vereinbarenden Weise auszubilden usw. usw.“

In wieviel die bestehenden Klassen diese Fähigkeiten von jeher „ausgebildet“ haben, das lehrt die Geschichte. Es sei hier an die Zeit der „deutschen Bauernkriege“ gedacht, wo Thomas Münzer vor beinahe 400 Jahren (1525) sprach: „Siehe zu, die Grundlage des Wuchers, der Dieberei und der Räuberei sind unsere Großen und Herren — nehmen alle Kreaturen zum Eigentum: die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden, alles muß ihr sein (Jesajas 5) darüber

lassen dann Gottes Gebote ausgehen, unter die Armen und sprechen: „Gott hat geboten, du sollst nicht stehlen; es dient aber ihnen nicht. So sie nun alle Menschen verurteilen — den armen Ackermann, Handwerker und alles was da lebet, schieben und schaden (Mich. 3) so er sich dann vergreift an dem Allerheiligsten, so muß er henten. Da sagt denn der Doktor Signer Amen! — Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann es in die Ränge gut werden? So ich das sage, werde ich aufreuerlich sein. Wohl hin!“ So sprach der Bauernführer und Verteidiger des Evangeliums, was nach seiner Meinung nicht nur die Seligkeit im Himmel verheißt, sondern auch die Gleichheit und Brüderlichkeit auf Erden forderte. Wir wissen sehr wohl, daß die Religion die Menschen nicht verdrängen soll, sondern, daß sie nur bemüht ist, die arbeitende Masse durch ihren Hinweis auf die „himmlische Seligkeit“ von ihrer „Begehrlichkeit“ abzuhalten. Trotz aller Gleichheit vor dem Gesetz unterdrückt der Starke den Schwachen. Aber nicht nur in Deutschland waren die Verhältnisse so, in anderen Ländern war es nicht besser. Der englische Bauer und Landbewohner ward zu Zeit Heinrichs VIII. (1509—1547) gewaltsam von seiner Scholle vertrieben, Grund und Boden wurden eingezogen und in Schaftriften verwandelt, die Hütten der bisherigen Landbewohner wurden eingerissen oder niedergebrannt, um Raum zu schaffen für die wollewendenden Schafe. Thomas Morus sagt daher in seiner „Utopia“ 1516: „Die Schafe freifen und verschlingen die Menschen; sie verzehren und vernichten Felder, Häuser und Städte. Alles Ackerland wird zur Weide eingeeget, alle Gebäude werden niedergegriffen, nur die Kirchen stehen gelassen und zu einem Schafstall umgewandelt.“ Wollen wir den schon erwähnten Kardinal Manning noch einmal

zitiieren, er sagt: „Der laute Ruf nach „Arbeit“ erkörnte aus allen Ecken, aber der Hände waren schließlich mehr als der Arbeit. — Was kein Untertommen fand, sank unwillkürlich zum Bettler, zum Vagabunden herab.“ Heute ist es anders, wenn man auch jetzt von einem humanen Zeitalter spricht, so ist doch die Zahl derer, die gern arbeiten möchten, eine sehr große. Groß ist die Zahl derer die ohne Erwerb im Elend verkommen, während eine Minderheit ohne Erwerb herrlich und in Freuden lebt. Muß das so bleiben? Nein, es darf nicht so bleiben! Immer muß darauf hingewiesen werden, daß es eine Schande für einen Kulturstaat ist, wenn Menschen mit willigen Händen verkommen müssen, weil sie ihre Hände nicht gebrauchen, ihre Arbeitskraft nicht verwerten können. Doch wenn keine Hilfe erscheint, diesen der Vernunft hohnsprechenden Zuständen abzuhelfen, dann muß der Arbeiter zur Selbsthilfe greifen und muß durch straffe Organisation den Kampf aufnehmen, um einen Zustand zu schaffen, in dem es weder Not und Mangel für den Einen, noch übermäßigen Ueberfluß für den Andern gibt. Was sagt doch Heinrich Heine?

„Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.“

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten plagen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Späßen.“

mann-Dresden einen Vortrag über das Thema: „Was tut uns not?“ Nebst schildert die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserm Beruf. Während früher die Arbeiterinnen 13 bis 14 Mk. pro Woche verdienten, bekommen sie jetzt, trotzdem die Lebensmittel durch die Steuern in die Höhe getrieben worden sind weniger, als vor vielen Jahren, dabei hat die Technik sich immer mehr entwickelt und die Arbeiterinnen müssen viel angestrengter arbeiten. Die Kolleginnen wissen garnicht, wie gesundheitsschädlich die Arbeit an den Maschinen ist, Krankheiten aller Art stellen sich durch das überanstrengende Arbeiten ein. Deshalb ist es notwendig, sich zu organisieren, nur dort, wo eine starke Organisation vorhanden ist, ist es möglich, etwas zu erringen. So haben schon viele Orte durch die Organisation einen Tarif einführen können. In Zittau ist die Organisation jung, aber wenn hier jeder seine Schuligkeit tut, und nicht die Verwaltung die Arbeit allein besorgen muß, so werden auch in kurzer Zeit hier am Orte bessere Verhältnisse geschaffen werden, aber jede Kollegin muß mit agitieren. Daß die Prinzipal ganz schöne Gewinne aus der Arbeit anderer erzielen, zeigen die Berichte der Aktiengesellschaften; wenn 12 und noch mehr Prozent Dividenden gezahlt werden, so brauchen die Arbeiter nicht mit Hungerlöhnen abgefunden werden. Daß der Referent den Anwesenden aus der Seele gesprochen, bewies der lebhafteste Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Unter Verschiedenem wurde der Gauleiter noch ermahnt, auf der Gauleiterkonferenz dahin zu wirken, daß das Verbandsorgan besser für die weiblichen Mitglieder ausgestattet werde. Sie kommen hierbei nicht auf ihre Rechnung und wird aus diesem Grunde die Zeitung, trotz den guten Artikeln, wenig oder garnicht gelesen, die neuen Mitglieder müssen eben erst zum Lesen erzogen werden. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Ueber den Tarifabschluß in Halle a. S. wurde nach einem in der „Zeitschrift“ veröffentlichten Protokoll in einer außerordentlichen Bezirksversammlung der Halle'schen Prinzipale Bericht erstattet. Hierbei machte der Vorsitzende, Herr Bouffet, sehr bemerkenswerte Ausführungen. Er machte u. a. „darauf aufmerksam, daß nur Minimallohn festgesetzt seien, daß es aber dringen d e m p f o h l e n w i r d , s o l c h e n A r b e i t e r n , d i e d i e s e u b e r m e h r e r h a l t e n , e i n e A u f b e s s e r u n g z u z u b i l l i g e n , f e i n e s f a l l s a u f L o h n k i r z u n g e n v o r z u n e h m e n u n d d i e s a u c h a u f d i e L e b e r t u n d e n a u s z u b e d e n k e n . “ Wenn es auch eigentlich keines besonderen Hinweises bedarf, daß Lohnkürzungen nicht vorgenommen werden sollen, da ja der § 14 der „Allg. Zeit.“ dies ausdrücklich verbietet, so ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne für diejenigen, welche jetzt schon das Minimum oder darüber verdienen, anerkennenswert. Umso mehr, als in verschiedenen Orten von den Prinzipalen versucht wird, auf Umwegen, d. h. durch Entlassung besser bezahlten Personals, bei den Neueinstellungen die Löhne aufs Minimum herabzudrücken.

Der den Prinzipalen von der Tarifkommission vorgelegte Entwurf wurde von der Versammlung mit allen gegen eine Stimme angenommen und die 14 Mitglieder der Kommission aufgelöst, „dagegen soll“, wie es in dem Bericht heißt, „die 7-köpfige Kommission bestehen bleiben, vor der etwa entstehende Streitigkeiten erledigt werden können.“ Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß nach den klaren Bestimmungen unseres Tarifes durch solche Kommissionen nicht etwa die vorgelegenen Instanzen, wie Tarifschiedsgericht und Tarifamt ausgeschaltet werden dürfen. Wir sehen uns zu dieser Bemerkung deswegen veranlaßt, weil auch in Leipzig seinerzeit durch einen sogenannten Tarifabschluß das Tarifamt der deutschen Buchdrucker als Berufungsinstanz illusorisch gemacht werden sollte, was von den Zentralleitungen am 16. November 1908 als unstatthaft beschiedet wurde.

Eine Teuerungszulage zu verlangen, beschloßen unsere Hamburger Mitglieder in ihrer Versammlung am 11. September d. J. („Sol.“ Nr. 39). Die Kollegenchaft stützt sich hierbei auf das Versprechen der Hamburger Prinzipale, die beim Abschluß des Tarifes im Jahre 1904 erklärten, daß, sobald größere Teuerungen eintreten, sie bereit sind, über notwendig werdende Zulagen zu verhandeln. Jetzt ist diese Zeit gekommen und das

Hamburger Hilfspersonal erwartet von der Prinzipalität, daß sie ihr Versprechen einlöst. Die „Zeitschrift“ nimmt von dem beabsichtigten Vorgehen in ihrer letzten Nummer Notiz und bemerkt hierzu, daß „leider die Gesamtverhältnisse nicht so liegen, daß solche Bitten viel Aussicht auf Erfolg hätten. Daß die Geschäftslage keine gute ist, weiß man in Geschäftskreisen doch auch.“ Ja, auch wir wissen das, aber wir wissen auch, daß unsere Kollegenchaft schon vor Jahren, als die Geschäftskonjunktur eine bedeutend bessere war, bei den wirklich nicht zu hohen Tariflöhnen mit der stetig zunehmenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse zu kämpfen hatte und durchaus nicht einsehen kann, daß der schlechtere Geschäftsgang von der Arbeiterchaft alle in empfinden werden muß. Bringt doch die herrschende Arbeitslosigkeit genug Hunger und Elend mit sich, sollen auch die noch darben, die selbst bei schlechter Konjunktur nicht weniger leisten dürfen wie sonst? Wir glauben, daß die vorstehenden Bemerkungen der „Zeitschrift“ nicht sehr viel Einfluß auf das Hamburger Hilfspersonal ausüben werden.

Die Buchbinder in Königsberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Verlangt werden für Gehilfen im ersten Jahre nach dem Auslernen 16 Mk. Wochenlohn, im zweiten Jahre 18, im dritten Jahre 20 und nach dem vierten Jahre 22 Mk. bei neunstündiger Arbeitszeit. Für diejenigen Gehilfen, die schon 22 Mk. und darüber haben, werden 10 Proz. Zuschlag verlangt. Da sich bereits einige der Arbeitgeber bereit erklärt haben, diese Forderungen zu bewilligen, andere in Unterhandlungen eintreten wollen, dürfte ein günstiger Ausgang der Bewegung zu erwarten sein, trotzdem der Innungsoberrmeister auf dem Standpunkt steht, daß jeder Gehilfe, der eine Zulage benötigt, dies persönlich von seinem Chef erbitten soll.

a r. Die Kostentragung in Streitfällen der Arbeiterversicherung. Die Rechtsprechung in der Invaliden- und Unfallversicherung soll für die Versicherten grundsätzlich unrentgünstig sein. Eine Ausnahme bildet die Vorschrift des § 20 der Verordnung betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten der Arbeiterversicherung, die in Streitfällen aus der Unfallversicherung das Schiedsgericht, in Streitfällen aus der Invalidenversicherung den Vorsitzenden ermächtigt, den Beteiligten solche Kosten aufzuerlegen, die durch Mutwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Irreführung berechnetes Verhalten veranlaßt worden sind. Gleiche Rechte stehen nach § 19, Abs. 2 des „Mantelgesetzes“ den Unfallversicherungsgelehrten dem Reichsversicherungsamt zu.

Diese Bestimmungen sind für die Versicherten sehr nachteilig. Sie bilden für die Versicherungsträger, besonders die Berufsgenossenschaften, eine Handhabe, die Rentenbewerber von der Einlegung von Rechtsmitteln abzuschrecken. So gibt es Berufsgenossenschaften (so die land- und forstwirtschaftliche für Agr. Sachen), die in ihren berufsungsfähigen Versicherten auf diese Vorschrift verweisen. Das hat offenbar nur den Zweck, den Verletzten von der Einlegung der Berufung abzuhalten. Ferner aber sind uns auch Fälle bekannt, wo Schiedsgerichte tatsächlich in ungerechtfertigter Weise dem Verletzten die Kosten des Verfahrens auferlegt haben.

Neuerdings wird vielfach der „Wunsch“ laut (vergleiche „Arbeiterversorgung“ 1908, S. 689), die Zahl der Streitfällen, die angeblich die Behörden belasten und hohe Kosten verursachen, durch Einführung der Kostenpflichtigkeit des ganzen Verfahrens zu beschränken. Gegen solche Bestrebungen muß sich die Arbeiterchaft mit aller Entschiedenheit wenden. Denn diese Maßnahme würde zu völliger Rechtlosigkeit des Verletzten im Kampfe um die Rente führen. Werden doch — leider — in 80 Prozent der Streitfällen die Verletzten abgewiesen. In diesen Fällen würde also noch dazu ein finanzielles Opfer auferlegt werden. Zwar läßt es der Entwurf der Reichs-Versicherungsordnung in seinem § 1768 noch bei der jetzt geltenden Vorschrift bewenden. Doch gilt es, vor solchen Bestrebungen, die manchmal über Nacht in Form des Gesetzeswurfs erscheinen, auf der Hut zu sein. Ja, es gilt, dahin zu wirken, daß die jetzt geltenden Bestimmungen beseitigt werden. Gewiß mögen Fälle, wie das Gesetz sie vorsieht, vorkommen. Aber viel gefährlicher als deren straflose Ausgehen ist es, wenn zu Unrecht einem Unschuldigen die oft große Kostenlast auferlegt wird, ist vor allem der oben gekennzeichnete Mißbrauch zur Einschüchterung rechtsunfähiger Verletzter.

Ebenso wird eine Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 7. April 1909 bekannt, wonach

gegen die von dem Schiedsgericht bezw. dessen Vorsitzenden verhängte Auferlegung von Kosten die Beschwerde an das Reichsversicherungsamt gegeben ist. Nicht als Rekurs- oder Revisionsgericht, wohl aber in sinngemäßer Anwendung der Schiedsgerichtsverordnung vom 22. November 1900, § 20, Abs. 2, als Beschwerdegericht ist das R. V. zur Entscheidung hier berufen. Wir können nur empfehlen, von dem hiernach zugelassenen Beschwerde-recht im geeigneten Fall Gebrauch zu machen. Heute legen in etwa 200 Fällen im Jahr die Schiedsgerichte den Verletzten die Kosten auf. Vielleicht läßt sich diese verhältnismäßig große Zahl etwas vermindern und dabei gegen die ganze Einrichtung ankämpfen.

Literatur.

Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz. Von Arbeitersekretär Rud. Wissell. Dieses (eben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienene) Heftchen wird allen preussischen Steuerzahlern sehr willkommen sein. In allen verwickelten Fragen der preussischen Einkommensteuergesetzgebung gibt es Rat und Auskunft. Seit zwei Jahren sind die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen aller Arbeiter und Angestellten — soweit es unter 3000 Mk. beträgt — anzugeben. Das zwingt viele Arbeiter zu Reklamationen, weil sehr oft außerordentliche Gründe voranden sind, die zum Auflösen einer Steuerherabsetzung berechtigen. Welche besonderen Umstände solche Reklamationen ermöglichen und allernähre über die Form der dazu nötigen Eingaben kann man aus dem Führer ersehen. Die abgedruckten Musterbeispiele für Steuerreklamationen und Eingaben aller Art werden bei diesen Gelegenheiten gute Dienste leisten. Der billige Preis von 30 Pf. pro Exemplar macht die Anschaffung jedem Arbeiter möglich.

Die im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A.-G. erscheinende Zeitschrift „Der Bibliothekar“ entwickelt sich immer mehr zu einem unentbehrlichen Ratgeber und Führer für Verwalter von Arbeiterbibliotheken. Die (eben erschienene) 12. Seiten starke Nummer 7 enthält folgende Beiträge: Ueber Archivwesen von Ingenieur R. Wolbt. — Zur Bekämpfung der Schulbibliothek von W. Scharrelmann. — Die Naturkunde in den Volksbibliotheken von Dr. —. — Eine Versammlung der Bibliothekare. — Bücherbesprechungen. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen. — Werbe-flugblätter für Bibliotheken von G. Hennig. — Verbringen der Bücher in die Wohnungen der Leser von Jhl. — Bibliothekerbücher Eberfeld-Barmen. — Der Internationale Kongress der Bibliothekare von Jhl. — Notizen und Sprechsaal. Es ist zu wünschen, daß alle Arbeiterbibliotheken das äußerst anregende Fachblatt abonnieren, welches am 1. jeden Monats erscheint und deren Abonnementpreis bei freier Zustellung vierteljährlich 50 Pf. beträgt.

Adressenveränderungen.

Nachen.
Vorsitzender und Kassierer: Josef Charie, Adalbertstr. 76.

Bremen.
Kassierer: Auguste Woffe, Geeren 55.
Arbeitsnachweis: ebenda.

Cassel.
Vorsitzender: Theodor Jungmann, Schillerstraße 14, 3 Tr.

Königsberg.
Kassierer: Otto Paduch, Sachheimer Mittelstraße 27 a, Hof 3 Tr.
Arbeitsnachweis ebenda.

Briefkasten.

Braunschweig u. a. Laut Beschluß der Red.-Nom. (siehe Nr. 28 der „Sol.“) können Widerspruchserate nicht aufgenommen werden. — **W. B. in Zittau.** Die von Ihnen gewünschte Form der Berichterstattung ist gut. Hoffentlich können wir auf weitere Einsendungen rechnen. — **U.-h. Breslau.** Zur nächsten Nummer zurückgestellt. Gruß. —

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 41.

Berlin, den 9. Oktober 1909.

15. Jahrgang.

Die Agitation in Rheinland-Westfalen.

Nachdem nun fast ein Jahr vergangen ist, daß im Gau I ein Gauleiter die Aufgabe übernommen hat, durch fleißige energische Arbeit in diesem schwarzen Winkel unter unsern Kollegen und Kolleginnen Aufklärung und Belehrung zu verbreiten und der Organisation eine feste Grundlage zu schaffen, haben wir Kollegin Thiede dorthin gesandt, um bei der schwereren Arbeit zu helfen. Es waren in Köln, Solingen, Essen, Bochum, Dortmund, Elberfeld, Rheidt, Aachen, Düsseldorf und Barmen Versammlungen einberufen, während in Hagen eine Besprechung festgesetzt war. Fast an allen Orten, abgesehen von Köln, worüber extra berichtet wird, waren die Versammlungen nur minimal besucht. Als Ursachen hierfür wurden die verschiedensten Gründe angeführt, deren Berechtigung zum Teil anerkannt werden muß. Im großen und ganzen aber kann gesagt werden, daß die Versammlungsteilnehmer aller Orte mit lebhaftem Interesse den Vorträgen folgten und vor allen Dingen den Ausführungen über das Tarifverhältnis, welches in 24 Städten besteht, ganz besondere Beachtung schenkten. Auch in den sich anschließenden Diskussionen wurden in der Hauptsache die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegschaft behandelt, wobei Verhältnisse zu Tage kamen, die dringend Verbesserungsbedürftig sind. Die 9/10 bis 10stündige Arbeitszeit wird noch sehr häufig angegriffen, auch die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage ist noch längst nicht überall zu verzeichnen. Ueberstundenzuschläge sind mancher Orts unbekannt. Mißstände verschiedenster Art wurden geschildert, wobei auch Klagen über schlechte Behandlung recht häufig waren. Alle uns bekannten und sich gut bewährten Wege, denen wir unsere Erfolge in der Agitation, besonders im Lohnverhältnis verdanken, wurden von Kollegin Thiede eingehend geschildert und durch viele überzeugende Beispiele bewiesen. Daß das Größenverhältnis eines Ortes keinesfalls dafür maßgebend ist, daß z. B. in kleineren Orten der Tarif nicht eingeführt werden kann, gerade dagegen liegen verschiedene Beispiele vor, denn die Orte Cassel, Darmstadt und noch andere, die keinesfalls als Druckorte in Frage kommen können, haben gute Tarife, die sie allerdings nur ihrer guten Organisation zu verdanken haben. Was an den Orten an Vorarbeit geleistet werden muß, um Tarifverhandlungen beantragen zu können, wurde ebenfalls von der Referentin eingehend geschildert, so daß am Schluß der Ausführungen überall fest versichert wurde, die sich bewährten Wege ebenfalls zu gehen und keine Mühe und Arbeit besonders bei Druckereiversammlungen und Hausagitation zu scheuen, um recht bald die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen für die gute gemeinsame Sache zu gewinnen.

Die Hausagitation macht sich an verschiedenen Orten notwendig, weil es immer noch Prinzipale gibt, die wohl für sich das Recht der Organisation voll ausnützen, um ihre Interessen zu vertreten, die aber den in ihren Betrieben beschäftigten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen die Organisation verbieten wollen; ganz besonders traf ich hierbei die Firma Schött in Rheidt verfahren, die vor einiger Zeit eine Druckereiversammlung dadurch bereitete, daß am schwarzen Brett angeschlagen wurde, „daß die sich als Entlassene betrachteten sollen, die an der Hilfsarbeiter-Versammlung teilnehmen!—Damit hat sich die Firma nun anscheinend Mühe verschafft, aber auch nur anscheinend, denn es führen bekanntlich viele Wege „nach Rom“ und was nicht durch Druckereiversammlungen und „öffentlichen“ erreicht werden kann, das wird durch die mühevollere Hausagitation sicher erreicht, die paar Wochen erzwingene

Ruhe helfen keinem Prinzipal, wir holen uns was uns zutritt, denn die Herren vieler Orte gerade in Rheinland-Westfalen zahlen Löhne, die ein Hohn sind bei den jetzigen Leuerungsverhältnissen. Da aber vom „guten Herzen“ und der Einsicht der Prinzipale im ganzen Gau, soweit das Hilfspersonal der Buch- und Steinrudereien in Frage kommt, absolut nichts zu merken ist, sondern hier Löhne für weibliche von 4, 5, 6 bis 10 Mk., für männliche von 12, 13, 15 bis 18 Mk., wohl gemerkt für erwachsene Arbeiter so häufig vorkommen, so daß besser bezahlte Kollegen und Kolleginnen als Ausnahmen gelten, deswegen haben die Beteiligten erkannt, daß sie hier arbeiten müssen, um das zu erreichen, was wir haben. Im großen ganzen muß gesagt werden, daß die Agitation von Erfolg begleitet war, wir haben vielerorts nicht nur Mitglieder gewonnen, sondern Mitarbeiter haben sich freiwillig zur Hilfe bei der Klein- und Hausagitation zur Verfügung gestellt und wir können sagen, daß schon das erste Jahr seit Errichtung des Gau I als ein erfolgreiches bezeichnet werden muß, denn der Boden ist beackert, das Korn ist gesät und wie überall nach harter fleißiger Arbeit wird auch hier die Ernte reifen.

P. L.

Serbe, Arbeiterscharen, von des Rheines grünem Strand, wollt ihr eure Rechte wahren, reißet uns die Hand.

Eine so gut besuchte Versammlung wie am 26. September (im Friesenbräu) hatten wir hier in Köln wohl noch nicht zu verzeichnen. Da alle Kollegen und Kolleginnen rechtzeitig erschienen waren, konnte die Versammlung auch pünktlich ihren Anfang nehmen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende der Verbandsvorsitzenden Kollegin Thiede das Wort. Ihr Referat: „Freunde und Feinde unserer Organisation“ wurde mit großem Beifall aufgenommen und die Referentin wurde am Schluß desselben für ihre sinnreichen und verständigen Ausführungen mit lang anhaltendem Bravo belohnt. Einzelnen ging die Gründungen der früheren Vereinigungen durch, wie diese emporstiegen und wieder zurückgingen bis zu dem Jahre 1898, wo die Verbandsgründung erfolgte. Durch die damals miserablen Lohnverhältnisse konnte der erste Beitrag nicht höher als auf 10 Pf. gestellt werden. Die Arbeitslosen-Unterstützung betrug 3 Mk. pro Woche. Die Kollegschaft konnte nur im Stillen arbeiten, aber die mühevollere Arbeit wurde dadurch belohnt, daß sich die Situation durch einen gut organisierten Kleinkrieg von Jahr zu Jahr besserte. Mit dem Wachstum der Mitgliederzahlen mußten auch die Beiträge erhöht werden, um so das angefangene Werk finanziell zu festigen. Die Referentin kam nun auf das Zustandekommen der Tarifabschlüsse zu sprechen. Hierbei ging sie einige größere Städte durch, in denen durch die Tarife die Lage der Kollegschaft schon um vieles gebessert ist.

Besonders erwähnte sie hierbei, daß das Unternehmertum bei der Tarifrevision 1901—1906 die den Gehilfen bewilligten Lohnzulagen Lohnerhöhungen durch Preisauflage auf Drucksachen wieder zunichtemachte und mehr als sie bewilligt hatten hereinbrachten, obwohl das Hilfspersonal nicht ebenfalls Forderungen stellte. Näher ging sie auf die günstigen Bedingungen der Tarifabschlüsse und der allgemeinen Bestimmungen ein, z. B. die Lehrverträge mit dem Hilfspersonal, die Feiertags- und Ueberstundenbezahlung. Besonders betonte sie hierbei, daß nach den Satzungen Hilfsarbeiter oder Arbeiterinnen unter 16 Jahren an Tiegeldruckpressen, mit Fuß- oder Motorbetrieb, nicht beschäftigt werden dürfen. Wie weit Köln in den Lohnverhältnissen noch zurück ist, wurde durch Beispiele aus einigen Städte gezeigt, wo der Minimallohn für

männliche 24, 25 und 26 Mk. und für weibliche Hilfsarbeiter 15, 16, 17 und 18 Mk. beträgt. Man erläuterte sie die Arbeitsverhältnisse in Rheinland und Westfalen, die noch so schlecht sind, daß es hier höchste Zeit ist, sich zu vereinigen und geschlossen vorzugehen, um auch hier der Hilfsarbeiterschaft des Buch- und Steinrudergewerbes ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Insbesondere hier in Köln solle man den Mut und die Willenskraft nicht sinken lassen, das einmal Errungene festhalten, um so als größte Stadt dieser beiden Provinzen mit einem glänzenden Beispiele voranzugehen. Als die Referentin die Feinde (nämlich die christlichen Gewerkschaften), erwähnte, konnte man sehen, mit welchen schmerzlichen Mitteln diese ihren nächsten liebenden Menschen entgegenarbeiten. Zwei dieser christlichen Jünglinge waren in der Versammlung erschienen, warfen aber schon vor der Diskussion die Platte ins Korn, um sich draußen in kühler Luft von den heftigen Angriffen der Kollegin Thiede zu erholen. Nachdem wohlgekommenen und in jeder Hinsicht verständlichen Vortrag erhielt das Wort Kollege Kiefer. In dem er sich den Ausführungen der Referentin anschloß, wies er nochmals auf die Wichtigkeit und die hohe Bedeutung der Organisation hin. Auch seinen Worten wurde die nötige Aufmerksamkeit und Beifall gezollt. Vorsitzender Koll. Krumpfert ging nun in seinen Ausführungen daran, die Unregelmäßigkeiten der einzelnen Firmen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit ans Tageslicht zu fördern. Waren bei seinen Ausführungen einige Prinzipale zugegen gewesen, sie hätten es wahrscheinlich den beiden Gewerkschaftsschritten gleich getan.

Hierauf erhielt Kollege Kaufnecht vom Senefelderbund das Wort. Auch seine Angaben über die Schwierigkeiten, die sich einer Organisation entgegenstellen könnten, die aber leicht zu überwinden sind, wurde mit Begeisterung angehört. Ganz besonders ermahnte er die Kollegen, immer pünktlich ihren Verpflichtungen nachzukommen z. B. im Beitragszahlen, Versammlungsbesuche usw. Es wurde nun Kollegin Worringer zum Wort gemeldet. Ihre Ansprache richtete sich insbesondere an die neu erschienenen Kolleginnen, denen sie in schönen Worten dankte. Wohl mögen die weiblichen Anwesenden gestaunt haben, daß eine ihrer Mitarbeiterinnen den Mut gefaßt und in der Öffentlichkeit für den Verband mitwirkt, wohl mögen sie da den festen Entschluß gefaßt haben, ihr nachzueifern, um so die weibliche Kollegschaft im Verbandsrat vertreten zu sehen. Das Schlusswort erhielt Kollegin Thiede, die dann ihrer Freude über den guten Verlauf und den zahlreichen Besuch Ausdruck gab. Mit dem Bewußtsein, daß die Organisation in Köln einen guten Schritt vorwärts getan, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband.

U. R.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

(Schluß.)

In 52 Fällen mit 4522 Beteiligten lagen den Aussperrungen Forderungen der Arbeiter zugrunde. Wegen Nichtannahme von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden 52 Aussperrungen verhängt, an denen 3392 Personen beteiligt waren. In 13 Fällen mit 13274 Beteiligten war ein Angriffstreik und in 24 Fällen mit 17257 Beteiligten ein Abwehrstreik die Ursache von Aussperrungen. 21 Aussperrungen mit 433 Beteiligten dienten dem Koalitionsraub. 5 Aussperrungen mit 268 Beteiligten wurden verhängt wegen Verweigerung von Streikarbeit. Aussper-

rungen wegen der Maisfeier fanden 26*) statt und wurden davon 6278 Personen betroffen.

Von den im Jahre 1908 stattgefundenen Aussperrungen erbeten für die Arbeiter insgesamt 54 = 21,0 Proz. mit 4928 Beteiligten = 8,1 Proz. erfolgreich und 84 Aussperrungen = 32,7 Proz. mit 29241 Beteiligten = 48,3 Proz. teilweise erfolgreich.

Die Kämpfe des Jahres 1908 verursachten eine Gesamtausgabe von 4 477 089 Mk. Von dieser Summe entfallen auf die Angriffstreife 1 081 799 Mk., auf die Abwehrstreife 1 571 565 Mk. und die Aussperrungen 1 823 675 Mk. Von den Gesamtausgaben flossen aus den Kassen der Verbände 4 441 281 Mk. Im Jahre 1907 betrug die Ausgabe für den gleichen Zweck 12 864 082 Mk. Es ist also eine Verminderung in der Ausgabe für die Kämpfe von 7 887 043 Mk. eingetreten.

An den Kämpfen waren 49 Verbände beteiligt, davon hatten mehr als 50 Kämpfe folgende Verbände durchzuführen: Maurer 397, Holzarbeiter 243, Metallarbeiter 196, Zimmerer 189, Bauhilfsarbeiter 186, Fabrikarbeiter 101, Transportarbeiter 81, Brauereiarbeiter 71, Schuhmacher 53 und Steinarbeiter 52. Das sind zusammen 1469 Kämpfe = 71,6 Proz. der Gesamtzahl. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen 583 Kämpfe = 28,4 Prozent. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe zu stehen: die Verbände der Metallarbeiter 32 123, Textilarbeiter 17 492, Holzarbeiter 13 919, Maurer 11 095 und Fabrikarbeiter 6896. Von diesen 5 Verbänden waren zusammen 81 525 Personen = 64,3 Proz. der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 105 859 der Verlust an 2 045 585 Tagen Arbeitszeit und 7 923 540 Mk. Arbeitsverdienst festgestellt werden. Von den an den Kämpfen beteiligten 92 091 männlichen und 10 513 weiblichen Personen gehörten 83 412 männliche und 5808 weibliche Personen der Organisation an.

Von den am Schluß des Jahres 1908 benudet gewesenen Kämpfen wurden 1338 = 66,4 Proz. durch Vergleichsverhandlungen beendet.

III. Was durch die Lohnkämpfe erreicht wurde.

Es wurde schon erwähnt, daß die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung im Jahre 1908 ungünstiger verlaufen sind, als in den Vorjahren. Da auch die Zahl und der Umfang der Angriffsbewegungen einen Rückgang erfahren hat, so mußte mit einem stark verminderten Gesamtergebnis der Errungenschaften gerechnet werden. Diese Erscheinung gibt aber keine Veranlassung, die Wirksamkeit der Gewerkschaften in Krisenzeiten ungünstig zu beurteilen. Im Gegenteil! — Wir können aus der Statistik lernen, daß die Zeiten wirtschaftlicher Depression zwar einen ungünstigen Einfluß auf die Erfolge und Resultate der wirtschaftlichen Kämpfe auszuüben vermögen. Die mehr oder weniger erfolgreiche Durchführung solcher Kämpfe ist jedoch auch in Krisenzeiten in erster Linie abhängig von der Machtenfaltung der Gewerkschaften.

Es wurde durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung erreicht insgesamt eine Arbeitszeitverlängerung für 59 324 Personen in Höhe von 188 751 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 236 641 Personen im Betrage von 365 923 Mk. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielten 175 687 Personen.

Für jeden Beteiligten betrug im Durchschnitt die Arbeitszeitverlängerung 1905: 3¼ Stunden, 1906: 3¼ Stunden, 1907: 3½ Stunden und 1908: 3 Stunden. Die Lohnerhöhung betrug für jeden Beteiligten 1905: 2,08 Mk., 1906: 1,86 Mk., 1907: 1,92 Mk. und 1908: 1,55 Mk. Die Durchschnittsraten des Jahres 1908 können mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse immerhin noch als erfreuliche Resultate bezeichnet werden.

Wie in den Vorjahren so wurde auch im Jahre 1908 der weitaus größte Prozentsatz an Arbeitszeitverlängerung und Lohnerhöhung durch die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung errungen. Und zwar bei der Arbeitszeitverlängerung, sowohl für Personen wie auch an Stunden, zu 89,0 Proz. der Gesamtzahl an Personen und Stunden; bei den

Lohnerhöhungen zu 87,7 Proz. der gesamten Personenzahl und zu 85,3 Proz. der Gesamtsumme an Mark.

Gerade in diesem Moment kommt die wachsende Machtenfaltung der Gewerkschaften zum Ausdruck. Während einerseits die Gewerkschaften den Streik als das letzte Mittel betrachten, von dem nur dann Gebrauch zu machen ist, wenn alle friedlichen Mittel zur Erfüllung berechtigter Forderungen der Arbeiter versagen, wird andererseits der Unternehmer um so mehr versucht, eine Verständigung herbeizuführen, wenn er weiß, daß hinter den Forderungen seiner Arbeiter eine starke Gewerkschaft steht.

Betrachten wir nun das Resultat der im Jahre 1908 seitens der Unternehmer in so ausgiebigem Maße unternommenen Versuche, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es wurde abgewehrt: Arbeitszeitverlängerung für 2877 Personen in Höhe von 11 241 Stunden pro Woche, ferner Lohnerhöhungen für 23 552 Personen im Betrage von 52 278 Mk. pro Woche; sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 39 474 Personen. Dagegen traten Verschlechterungen ein: Arbeitszeitverlängerung für 1067 Personen in Höhe von 3674 Stunden pro Woche, ferner Lohnfällungen für 10 087 Personen im Betrage von 30 199 Mk. pro Woche, sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 1533 Personen.

Am ungünstigsten haben die Unternehmer bei der versuchten Arbeitszeitverlängerung abgesehen. Hier war es den Gewerkschaften möglich, den erheblichsten Teil der Verschlechterungen abzuwehren, während bei den Lohnfällungen die Unternehmer etwas größeren Erfolg hatten als die Arbeiter. Nur für einen geringfügigen Teil von Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen nicht abgewehrt werden.

Das Resultat der Abwehrbewegungen zeigt, daß die Gewerkschaften auch in der Verteilung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen trotz der Krisis, und obgleich gewiß bei diesen Bewegungen die günstigen Chancen auf seitens der Unternehmer waren, erfolgreiches geleistet haben.

Von den Errungenschaften entfallen auf die Aussperrungen: eine Arbeitszeitverlängerung für 1578 Personen in Höhe von 3740 Stunden und Lohnerhöhungen für 9793 Personen im Betrage von 13 135 Mk. Des weiteren wurden bei den Aussperrungen abgewehrt: eine Arbeitszeitverlängerung für 219 Personen in Höhe von 809 Stunden und Lohnfällungen für 1289 Personen im Betrage von 2876 Mk. Es trat ein: eine Arbeitszeitverlängerung für 116 Personen in Höhe von 268 Stunden und Lohnfällungen für 290 Personen im Betrage von 803 Mk. Es war demnach auch bei den Aussperrungen der überwiegende Erfolg auf Seiten der Arbeiter.

Bei den Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurden 1860 korporative Arbeitsverträge für 282 958 Personen abgeschlossen. Man kann den Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen nicht schlechthin als Erfolge der Gewerkschaften bewerten. Um feststellen zu können, inwieweit der Abschluß solcher Verträge eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedeutet, ist es notwendig, deren Bestimmungen zu kennen. Die Würdigung der Tarifverträge kann nur die Aufgabe einer besonderen Statistik sein.

Das Bild, welches wir an der Hand des reichhaltigen Zahlenmaterials von dem wirtschaftlichen Ringen der Arbeiterschaft in dem Krisenjahr 1908 entwarfen, ist nicht ganz so erfreulich, als wir es für die Vorjahre zeichnen konnten. Während die Arbeiterklasse unter den trüben Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise besonders hart um die Aufrechterhaltung ihrer Lebensbedingungen ringen muß, berührt eine un sinnige Steuerpolitik die Leiden der Arbeiter. Wenn aber durch die Steuerpolitik des Staates zum Teil das illusorisch gemacht wird, was durch den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet an Verbesserungen der Lebenslage des Proletariats erreicht wurde, so ist das kein Beweis für die „Ausichtslosigkeit“ der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Es wird damit bestenfalls nur bezeugt, daß die Arbeiterklasse leider auf

dem Gebiete der Gesetzgebung noch nicht die Macht besitzt, um die Erfolge der wirtschaftlichen Kämpfe genügend sichern zu können.

Damit soll aber nicht behauptet werden, daß die Gewerkschaften bereits eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Macht besitzen. Zwar hat das Krisenjahr 1908 die Gewerkschaften besser gewappnet gefunden als die Krisenjahre 1901 und 1902. Aber noch steht ein großer Teil Arbeiter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterarmee Deutschlands fern. Diese großen Massen in das Heer der klassenbewußten Arbeiter einzureihen, ist die dankbarste Aufgabe, die wir im Interesse des Befreiungskampfes des Proletariats erfüllen können. Ist diese Aufgabe nur halbwegs gelöst, so wird niemand mehr Ursache haben, über die „Ausichtslosigkeit“ der gewerkschaftlichen Bestrebungen zu klagen.

Die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats und deren Erfolge sind unentbehrliche Stappen auf dem Wege zur Befreiung der Arbeit aus den Fesseln der Lohnsklaverei!

G. Herrmann.

Rundschau.

Gewerbegericht. Vor dem Berliner Gewerbegericht klagte der Buchdruckereihilfsarbeiter W. gegen den Buchdruckereibesitzer L. auf Zahlung einer Lohnentschädigung für 14 Tage, weil er ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden ist. Da die Behauptung des Beklagten, daß er mit Kläger Kündigungsansatz vereinbart hatte, nicht bewiesen werden konnte, vertrat das Gericht die Ansicht, daß der zwischen den Organisationen der Arbeitgeber im Buchdruckergewerbe und der Buchdruckereihilfsarbeiter abgeschlossene Tarif in Anwendung komme, wiewohl dieser vom Beklagten nicht anerkannt war. Da der Tarif in 95 Prozent der Betriebe in Geltung sei, sei er zur Ortsstufe geworden. Dieser Tarif sieht eine Kündigungsfrist von einer Woche vor. Das Gericht empfahl den Parteien, sich auf 18 Mk. Entschädigung für eine Woche zu einigen. Dieser Vorschlag wurde beiderseits angenommen. „Buchdr.-W.“

Gegen die Reichsversicherungsbankung hat der Deutsche Holzarbeiterverband Stellung genommen. In einer Konferenz des Verbands-Vorstandes mit den Gauleitern von 15 Gauen wurde beschlossen, an den Bundesrat und das Reichsamt des Innern eine Resolution gelangen zu lassen, in welcher die Mängel des Gesetzwerkes hervorgehoben und die Wünsche der Arbeiter präzisiert sind.

Gewerbegerichtswahl in Bielefeld. Von insgesamt 5893 bei den Ergänzungswahlen in Bielefeld abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 5315, auf die Liste der Christlichen 578 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten demnach 9 und die Christlichen 1 Weisiger.

Unternehmergewinn. Wie die „Zeitschrift“ mitteilt, bringt die Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt vorm. H. Schulz u. Co. aus dem Reingewinn von 149 813 Mk. eine Dividende von 7½ Prozent zur Verteilung.

Eine Arbeiter-Dissektanten-Ausstellung findet im Januar 1910 im Berliner Gewerkschaftshause statt. Alle Diejenigen, welche in ihren Aufstunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Holz usw. hergestellt haben, werden von dem Veranstalter der Ausstellung, Herrn Adolf Lebenstein, Berlin W. 30, Neue Winterfeldtstraße 36, dringend gebeten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Der Schluß der Annahme von Ausstellungsobjekten ist auf den 5. November d. J. festgesetzt. Irigenwelsche Kosten erwachen den Ausstellern nicht.

Ein Sachblatt für Einbrecher und verw. Berufe erscheint, wie die „Buchdrucker-Woche“ berichtet, seit einiger Zeit in Moskau. Es führt den Titel „Barfüßerzeitung“ und kann als „amliches“ Organ der wohlhablichen Langfingerkunst angesehen werden. Das Blatt bringt genaue Schilderungen der neuesten Einbruchsdiebstähle und gibt deren „Erfolge“ an. Wenn diese für die Einbrecher ungünstig ausgefallen sind, so werden dafür die Gründe angeführt und daran praktische Ratsschläge erteilt. Das Blatt, welches ursprünglich als Wochenblatt aufgenommen wurde, nennt natürlich weder seinen Herausgeber noch den Drucker und es soll der Polizei trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen sein, den Herstellungsort des auch für sie sehr interessanten Blattes zu entdecken.

*) Außer den Maisaussperrungen, die der Metallarbeiterverband hatte und die in dieser Statistik nicht mit einbezogen sind.